



Nr. 39

24. November 2017

## Inhalt

Zum dbb Gewerkschaftstag 2017:

[Neuer dbb Chef Silberbach fordert von Politik mehr Mut und Reformwillen](#) +++

[dbb Führungsspitze gewählt – Ehrungen für Dauderstädt und Russ](#) +++

[Anträge liefern wichtige Impulse für einen starken öffentlichen Dienst](#) +++

[Öffentliche Veranstaltung: Politische Grußworte und eine Film-Premiere](#) +++

[dbb jugend redet mit: „Wir sind 100 Prozent der Zukunft“](#) +++

[Wildfeuer: „dbb muss beim Thema Chancengleichheit Flagge zeigen“](#) +++

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Bayern: Kabinett beschließt Maßnahmenpaket zur Stärkung des öffentlichen Dienstes](#) +++

[Haushalt 2018: DBB NRW will Attraktivitätsoffensive für öffentlichen Dienst](#) +++

[Besoldung: Baden-Württemberg schrammt an der Grenze zur Verfassungsmäßigkeit](#) +++

[Schleswig-Holstein: Weiterhin kein Weihnachtsgeld für Beamte?](#) +++

## [Namen und Nachrichten](#)+++

aktuell

Informationsdienst des dbb

dbb Gewerkschaftstag:

## **Neuer dbb Chef Silberbach fordert von Politik mehr Mut und Reformwillen**

**Ulrich Silberbach ist neuer Bundesvorsitzender des dbb beamtenbund und tarifunion. Der dbb Gewerkschaftstag, der vom 19. bis 21. November 2017 in Berlin stattfand, wählte den 56-jährigen gebürtigen Kölner an die Spitze des Dachverbandes. In seiner Grundsatzrede forderte Silberbach von der Politik, auch mit Blick auf den öffentlichen Dienst, mehr Mut und Reformwillen.**

Angesichts der schwierigen Situation bei der Bildung der Bundesregierung sagte Silberbach: „Ein ‚Weiter so‘ darf nie der Maßstab für verantwortungsvolles Handeln in der Politik sein. Wir müssen uns jeden Tag neu für das Bestehen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung einsetzen und uns den Wert unserer freiheitlichen Gesellschaft bewusst machen.“ Wichtige Zukunftsthemen nur zu benennen, helfe nicht weiter. „Packen Sie Digitalisierung, Klimawandel, Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit auch tatsächlich an. Stoppen Sie die zunehmende Politikverdrossenheit durch beherztes Regieren.“ Dies gelte auch mit Blick auf den öffentlichen Dienst. Bei der Digitalisierung gehe es insbesondere in der Daseinsfürsorge nicht nur um das technisch Machbare. Silberbach: „Es geht um die ganzheitliche Sicht, die Folgewirkungen im Arbeitsleben, in Bezug auf Qualifikationen, im Kontakt zu den Bürgern, im Verhältnis der staatlichen Ebenen untereinander. Die Herausforderungen sind komplex und brauchen ein gemeinsames Herangehen. Wir schlagen der Politik dazu einen Pakt für Digitalisierung vor, in dem Verwaltung und Sozialpartner gemeinsam Lösungswege diskutieren.“ Bei der notwendigen Modernisierung des Landes insgesamt könne sich die Politik auf die Unterstützung des öffentlichen Dienstes verlassen. „Verwaltung, Sicherheit, Bildung, Gesundheit, Finanzen – wir alle halten diesen

Staat am Laufen. Das Gemeinwohl steht im Zentrum unserer Profession“, so Silberbach. Dafür müssten die Beschäftigten im Staatsdienst aber auch entsprechend gestärkt werden. „Über viele Jahre wurden unsere mahnenden Hinweise auf die zunehmende Überalterung und der damit verbundene demografische Wandel nicht ernsthaft zur Kenntnis genommen. Es ist wie im richtigen Leben: Wer Aufgaben verteilt und Leistungen bestellt, muss auch die nötigen Mittel bereitstellen. Alles andere ist Augenwischerei gegenüber den Bürgern“, so Silberbach.

Um entsprechende Nachwuchs- und Fachkräfte für die Arbeit im öffentlichen Dienst begeistern zu können, so Silberbach, müssten die Arbeitsbedingungen dringend verbessert werden. Dies gelte allgemein etwa für die Bezahlung oder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, als auch speziell für die Modernisierung des Berufsbeamtentums. „Staatsdiener sind kein Relikt aus dem vorigen Jahrhundert“, so Silberbach. „Eine stabile Verwaltung braucht verlässliche Rahmenbedingungen. Unveräußerlicher Teil des Berufsbeamtentums sind deshalb seine Sicherungssysteme, Beamtenversorgung und Beihilfe, die wie das Lebenszeitprinzip erst das Gesamtkonzept ausmachen.“

(01/39/17)

dbb Gewerkschaftstag:

## **dbb Führungsspitze gewählt – Ehrungen für Dauderstädt und Russ**

**Auf dem dbb Gewerkschaftstag gab es neben der Wahl des neuen Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach weiter Veränderungen in der Führungsspitze des gewerkschaftlichen Dachverbandes. Zum hauptamtlichen Zweiten Vorsitzenden und Fachvorstand Beamtenpolitik wählten die Delegierten Friedhelm Schäfer, zum hauptamtlichen Fachvorstand Tarifpolitik Volker Geyer.**

Schäfer führte zuvor den dbb Landesbund in Niedersachsen und kommt aus den Reihen der

Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG). Volker Geyer war Bundesvorsitzender der Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM).

Außerdem neu in der Bundesleitung sind die stellvertretenden dbb Bundesvorsitzenden Jürgen Böhm vom Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) und Maik Wagner von der Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS). Die stellvertretenden dbb Bundesvorsitzenden Thomas Eigenthaler (DSTG), Astrid Hollmann (VRFF – Die Mediengewerkschaft), Kirsten Lühmann (Deutsche Polizeigewerkschaft, DPoIG) und Claus Weselsky (Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer, GDL) wurden in ihren Ämtern bestätigt.

Ehrungen gab es für den ehemaligen Bundesvorsitzenden Klaus Dauderstädt und den ehemaligen Zweiten Vorsitzenden und Fachvorstand Tarifpolitik Willi Russ. Beide waren aus Altersgründen nicht erneut zur Wahl angetreten. Der Gewerkschaftstag wählte Dauderstädt

zum dbb Ehrenvorsitzenden und Willi Russ zum Ehrenmitglied. Der neue dbb Chef Silberbach dankte beiden für ihre Verdienste, von den Delegierten wurden sie mit stehendem Applaus verabschiedet.

Ebenfalls neu gewählt wurden die stellvertretenden Vorsitzenden der dbb Bundestarifkommission (BTK): Andreas Hemsing (kombi gewerkschaft), Karl-Heinz Leverkus (DSTG), Siglinde Hasse (GdS), Hermann-Josef Siebigteroth (VDStra. Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten), Thomas Gelling (GDL) und Jens Weichelt (Verband Bildung und Erziehung). Sie bilden mit dem neuen Fachvorstand Tarifpolitik Volker Geyer als Vorsitzendem die BTK-Geschäftsführung. (02/39/17)

#### dbb Gewerkschaftstag:

### **Anträge liefern wichtige Impulse für einen starken öffentlichen Dienst**

**Der dbb Gewerkschaftstag hat mit der Beschlussfassung zu mehr als 700 Anträgen die Leitlinien für die gewerkschaftspolitische Arbeit des dbb beamtenbund und tarifunion in den kommenden fünf Jahren festgelegt. Abgestimmt wurde am 20. November 2017 in Berlin auch über zentrale Positionierungen des dbb Bundeshauptvorstandes und der dbb Bundestarifkommission. Ihr gemeinsames Ziel: Ein moderner, als Arbeitgeber konkurrenzfähiger öffentlicher Dienst für Deutschland.**

In der „Berliner Erklärung“ wird die politische Stärkung des öffentlichen Dienstes und des Berufsbeamtentums als Garanten für eine alleine an Rechtsstaatlichkeit, Neutralität und Verlässlichkeit orientierte öffentliche Verwaltung gefordert. Sie stellt sich gegen die Politik der Privatisierung öffentlicher Leistungen und sieht einen starken, vorsorgenden Staat als wesentliche Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit in der Gesellschaft.

Die „Kernaussagen zu einem modernen Berufsbeamtentum“ fordern strategische Ansätze für eine zukunftsorientierte Beamtenpolitik: Die permanente, sich an neuen gesetzlichen Regelungen orientierende Modernisierung des Funktionsvorbehalts als „bürgerrechtliche Schutzvorschrift“, die Eindämmung des Auseinanderdriftens der rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, den Schutz der besonderen Sicherungssysteme des Beamtentums und der Beschäftigten vor Gewalt.

Im Antrag „Positionen zum Dienstrecht“ spricht sich der dbb für einen einheitlichen, ungeteilten Beamtenstatus aus. Relativierungen durch Aufspaltung in Dienstverhältnisse mit unter-

schiedlichen Gestaltungsrechten je nach übertragener Aufgabe werden abgelehnt. Das Streikverbot als tragende Säule und Legitimationsgrundlage des Berufsbeamtentums steht nicht zur Disposition. Weiter fordert der dbb ein durchlässiges Laufbahnrecht sowie konkurrenzfähige Einkommens- und Arbeitsbedingungen.

Wichtige Positionierungen für die Arbeitnehmerpolitik hat die dbb Bundestarifkommission (BTK) formuliert: Darin geht es neben der Weiterentwicklung tariflicher Eingruppierungsregelungen insbesondere um die Tarifpartnerschaft im Gegensatz zur gesetzlich erzwungenen Tarifeinheit sowie um die Bedeutung der Tarifbindung und des Flächentarifvertrages. Letzterer gehöre in besonderer Weise zur Idee eines flächendeckend gleichwertig guten öffentlichen Dienstes. Der spürbare und künftig weiter ansteigende Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst erfordere attraktive Flächentarifverträge, damit der öffentliche Dienst das notwendige Personal finden und halten kann, um seinem Auftrag gerecht zu werden.

Weitere Anträge an den Gewerkschaftstag des dbb befassten sich mit den Auswirkungen der

Digitalisierung, der verbesserten Mitbestimmung sowie weiteren zentralen Politikfeldern wie beispielsweise Arbeit, Bildung, Finanzen und Sicherheit.  
(03/39/17)

dbb Gewerkschaftstag:

## **Öffentliche Veranstaltung: Politische Grußworte und eine Film-Premiere**

**Auf der öffentlichen Veranstaltung des dbb Gewerkschaftstages am 21. November 2017 richteten zahlreiche Vertreter der Bundespolitik ihre Grußworte an die Gäste. Ein emotionaler Höhepunkt war die Premiere des neuen dbb Films „Menschen im Dienst der Menschen.“**

In der Studiosituation, die der Film zeigt, wird nach und nach deutlich: Sie alle – die „Rechner und Prüfer“, die „Aufpasser“, die „Unermüdlichen“ und „Unerschrockenen“ und die vielen anderen – sind vor allem eines: Menschen. „Menschen wie du und ich, die Tag für Tag dafür sorgen, dass dieses Land funktioniert. Dass es mit Recht und Ordnung zugeht, dass betreut und ausgebildet, gepflegt und geheilt wird, dass alle vorankommen, dass Gutes geschützt und Schlechtes bekämpft wird. Wir freuen uns sehr, dass wir ausnahmslos echte Beschäftigte aus unseren Reihen für die Dreharbeiten gewinnen konnten“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach und begrüßte zahlreiche der 60 Protagonisten des Films auf der Bühne, die zur Premiere nach Berlin gekommen waren.

Die Bedeutung des öffentlichen Dienstes für die Gesellschaft betonte auch der Regierende Bürgermeister von Berlin und amtierende Bundesratspräsident Michael Müller. Notwendig sei ein neues Miteinander: „Die Bürger erwarten eine funktionierende Verwaltung. Die muss kein Kumpel sein, aber Nähe und Vertrauen sind heute unerlässlich. Die Bürger wollen mitentscheiden.“ Dafür müsste der öffentliche Dienst angemessen ausgestattet werden. Wichtig sei nicht nur mehr und fachlich qualifiziertes Personal, dieses müsse auch entsprechende soziale Kompetenzen mitbringen. „Ich würde mir wünschen, dass die Vielfalt der Berufe im öffentlichen Dienst noch bekannter wird, und wir so viele junge und engagierte Menschen für eine Karriere bei uns begeistern können“, so Müller.

Die Bundestagsvizepräsidentin und Linken-Politikerin Petra Pau warb für einen „starken, gut ausgestatteten öffentlichen Dienst, der seine Beschäftigten angemessen bezahlt“. Leider sei die Vergütung in vielen Bereichen zu niedrig,

um den öffentlichen Dienst als Arbeitgeber attraktiv zu machen. Zudem unterstütze sie die Kritik des dbb an der noch immer nicht verwirklichten Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West. „Wir leben im Jahr 28 der deutschen Einheit, und noch immer werden die Menschen im Osten schlechter bezahlt und müssen mehr und länger arbeiten als im Westen, um eine vergleichbare Rente zu bekommen. Die fortbestehende Teilung Deutschlands muss schnellst möglich beendet werden“, sagte Pau.

Katarina Barley ging insbesondere auf die Folgen der Digitalisierung für den öffentlichen Dienst ein. Die Bundesministerin, die derzeit geschäftsführend die Ressorts Arbeit und Soziales sowie Familie, Senioren, Frauen und Jugend leitet, betonte: „Die Digitalisierung führt zu Umstrukturierungen und einem tiefgreifenden Wandel in der künftigen Arbeitswelt. Die Aufgabe der Politik ist nun, dass digitale Arbeit auch gute Arbeit bleibt.“ Dazu zählt für die SPD-Politikerin insbesondere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. „Die Digitalisierung schafft Zeiträume“, sagte Barley. „Die Frage ist nur: Was passiert mit dieser Zeit? Dient sie nur zu Personaleinsparungen, oder gehen wir den Weg zu flexibleren Arbeitszeiten?“

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Stephan Harbarth sprach sich für weitere Investitionen in die Strukturen des öffentlichen Dienstes aus. Er warb für die Stärkung der Justiz und des Sicherheitsbereiches mit einem „Pakt für den Rechtsstaat“. Dessen Ziel solle es sein, dass Bund und Länder gemeinsam für verbindliche Standards bei Ausstattung und Bezahlung sorgen. Außerdem trat Harbarth für mehr Respekt für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in der Öffentlichkeit ein: „Das steigende Aggressionspotential verlangt ein gesetzliches Nachfassen in diesem Bereich“, sagte er mit

Blick auf die bereits erlassenen gesetzlichen Schutzregelungen für Teilbereiche des öffentlichen Dienstes.

FDP-Generalsekretärin Nicola Beer sagte, dass die sprichwörtliche deutsche Gründlichkeit kein Witz sei, sondern in anderen Ländern als Garant für ein funktionierendes Gemeinwesen bewundert werde. „Verlässliche Rahmenbedingungen dafür liefert der öffentliche Dienst mit seinen Beschäftigten. Er trägt maßgeblich dazu bei, dass wir ein leistungsstarkes und lebenswertes Land sind“, so Beer. Die Verwaltung sei eine verlässliche Konstante, die es im demokratischen Grundverständnis auch ermöglichen würde, Deutschland eine Phase der politischen Neuorientierung unbeschadet überstehen zu lassen. Sie sei für einen starken Staat, wenn er nicht zum ausufernden Staat werde, der Bürgerinnen und Bürger behindere. Auswüchse der Überregulierung dürfe es auch im Sinne des Dienstes am Menschen nicht geben. Beate Müller-Gemmeke, Sprecherin für ArbeitnehmerInnenrechte der Bundestagsfraktion

der Grünen, nannte den dbb einen „unverzichtbaren Partner“, der Verantwortung übernehme und die Interessen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nicht nur im Beamten-, sondern auch Tarifbereich wirksam vertrete. „Grundlage dieser Sozialpartnerschaft ist die Koalitionsfreiheit“, machte Müller-Gemmeke deutlich, „das war bislang Konsens, der aber von der letzten Bundesregierung durch das Tarifeinheitsgesetz aufgekündigt wurde“. Die damit vorgeblich angestrebte Kooperation und Solidarität zwischen den Gewerkschaften sei „aus unserer gemeinsamen Sicht jedoch mitnichten Aufgabe der Politik und lassen sich schon gar nicht durch ein Gesetz regeln“, sagte Müller-Gemmeke.

In seinem Schlusswort dankte dbb Chef Ulrich Silberbach allen Rednern und Teilnehmern des Gewerkschaftstages für ihr Engagement und versprach, dass der dbb sich weiterhin deutlich in die politischen Debatten einmischen werde, um die Zukunft des öffentlichen Dienstes zu sichern.

(04/39/17)

dbb Gewerkschaftstag:

### **dbb jugend redet mit: „Wir sind 100 Prozent der Zukunft“**

**Die dbb jugend hat ihren Einfluss auf dem dbb Gewerkschaftstag 2017 weiter ausgebaut. Sie nimmt ab sofort mit beratender Stimme an den Sitzungen der dbb Bundesleitung teil. „Der dbb Gewerkschaftstag setzt neue Prioritäten und bekennt sich zu mehr Jugend und mehr Partizipation. Wir werden laut mitreden“, erklärte Karoline Herrmann, Vorsitzende der dbb jugend.**

Im konstruktiven Dialog sollen die Themen der dbb jugend künftig stärker in die gewerkschaftspolitische Arbeit des dbb Dachverbandes eingebunden werden. „Wir haben den direkten Draht zu den jungen Menschen des öffentlichen Dienstes und verstehen uns als Mittler zwischen den Generationen. Die Sorgen der jungen Beschäftigten müssen von der Politik ernst genommen werden, damit der öffentliche Dienst zukunftsfähig bleibt. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit der neu gewählten dbb Bundesleitung unter dem Vorsitz von Ulrich Silberbach“, sagte die dbb jugend-Vorsitzende.

Mit Blick auf die sich verändernde Arbeitswelt unter den Vorzeichen der Digitalisierung fordert die dbb jugend attraktive Perspektiven für junge Beschäftigte im öffentlichen Sektor sowie in den privatisierten Bereichen. „Dienstherren und öffentliche Arbeitgeber müssen noch stärker auf flexible Arbeitszeitmodelle, neue Kommunikationstechniken, mobile Arbeitsplätze und familienfreundliche Arbeitsbedingungen setzen. Nur so können sie die besten Nachwuchskräfte an sich binden. Auf uns ist Verlass, wenn man uns lässt“, so Herrmann.

(05/39/17)

dbb Gewerkschaftstag:

## **Wildfeuer: „dbb muss beim Thema Chancengleichheit Flagge zeigen“**

**In Anbetracht der unübersichtlichen politischen Verhältnisse nach dem Scheitern der Jamaika-Sondierungen wolle der dbb vor allem auch beim Thema Chancengleichheit deutlich Flagge zeigen, sagte die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, Helene Wildfeuer, auf dem dbb Gewerkschaftstag am 20. November 2017.**

„Eine moderne Arbeitsmarktpolitik muss die Lebenswirklichkeiten von Frauen und deren Bedürfnisse ins Zentrum rücken. Das gilt gerade für den öffentlichen Dienst, der weit mehr Frauen als Männer beschäftigt. Hier sehen wir einen zentralen Auftrag für die neue Führungsriege des dbb“, so Wildfeuer. Nur mit einem zielgerichteten gleichstellungspolitischen Kurs könne der dbb langfristig auch bei weiblichen Beschäftigten im öffentlichen Dienst als Gewerkschaft der ersten Wahl punkten.

36 Anträge der dbb bundesfrauenvertretung, die sich mit frauen- und gleichstellungspolitischen Themen befassen, wurden auf dem dbb Gewerkschaftstag beraten und verabschiedet. Sie bestimmen die politische Stoßrichtung des dbb für die nächsten fünf Jahre mit. Die Kernziele sind die Einführung von Gender Budgeting im Bundeshaushalt, die gendergerechte Ausgestaltung der Digitalisierung, die verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Karriere sowie diskriminierungsfreie Aufstiegschancen für Frauen im öffentlichen Dienst.  
(06/39/17)

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

### **Bayern: Kabinett beschließt Maßnahmenpaket zur Stärkung des öffentlichen Dienstes**

**Der Ministerrat in Bayern hat in der Kabinettsitzung vom 21. November 2017 beschlossen, zahlreiche Vorhaben zugunsten der Beschäftigungsbedingungen im öffentlichen Dienst des Landes auf den Weg zu bringen. Schwerpunkte sind die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Nachwuchsgewinnung und Attraktivität des öffentlichen Dienstes, besonders im IT-Bereich, berichtete der Bayerische Beamtenbund (BBB).**

Man werde sich im Rahmen des vorgeschriebenen Beteiligungsverfahrens selbstverständlich zu den einzelnen Maßnahmen äußern, heißt es weiter beim BBB. Diese umfassen auch eine Erhöhung der Ballungsraumzulage um 50 Prozent. Damit läge der Grundbetrag der Ballungsraumzulage bei 122,69 Euro, der Kinderzuschlag bei 32,72 Euro. Die bisherigen Grenzbeträge bleiben bestehen.

Um die Personalgewinnung und -bindung im IT-Bereich zu optimieren, sind neben der Möglichkeit für einen Zuschlag zur Bezahlung auch eine mögliche schnellere Verbeamtung und zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten vorgesehen. Anwärtern des Studiengangs Verwaltungsinformatik soll zudem während des Fachstudiums in Hof kostenloser Wohnraum zur Verfügung gestellt werden.

Beim Thema Wohnraum sind zusätzlich zu den bereits im Jahr 2015 für München beschlossenen 1.000 Wohnungen nun noch 1.000 zusätzliche Staatsbedienstetenwohnungen bis 2020 in Nürnberg vorgesehen.

Last but not least nimmt das bereits angekündigte Pilotprojekt „Behördensatelliten“ Form an. Dabei sollen Behördenzentren geschaffen werden, die außerhalb der Dienststellen in den Metropolen und den Regionalzentren ressortübergreifend Büroarbeitsplätze für ortsungebundene Tätigkeiten zur Verfügung stellen. Damit soll Berufspendlern Zeit und Kosten durch weite Arbeitswege erspart, das Verkehrsaufkommen reduziert, und gleichzeitig die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert werden. Als Pilotprojekt werden vier Behördensatelliten im Münchener Umland mit jeweils bis zu 20 Arbeitsplätzen gegründet.  
(07/39/17)



## Haushalt 2018: DBB NRW will Attraktivitätsoffensive für öffentlichen Dienst

**Mit Blick auf den Haushaltsentwurf und den Personaletat für das Jahr 2018 hat der Deutsche Beamtenbund Nordrhein-Westfalen (DBB NRW) eine Attraktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst gefordert.**

In Zeiten eines zunehmenden Fachkräftemangels stehe der öffentliche Dienst in enormer Konkurrenz zur Privatwirtschaft um die besten Köpfe, erklärte der DBB NRW Vorsitzende Roland Staudé. Leider sei es um dessen Wettbewerbsfähigkeit immer schlechter bestellt. „Aus diesem Grund ist es zwingend notwendig, nun endlich eine Attraktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst zu starten und Rahmenbedingungen zu schaffen, mit denen die am besten qualifizierten Fachkräfte gewonnen und vor allem auch langfristig gebunden werden können“, sagte Staudé am 20. November 2017. Notwendig sei deshalb in einem ersten Schritt die Anhebung der Eingangsbesoldung für den allgemeinen Verwaltungsdienst: In der Laufbahngruppen 1 im zweiten Einstiegsamt (von A

6 auf A 7) und in der Laufbahngruppe 2 im ersten Einstiegsamt (von A 9 auf A 10) sowie im zweiten Einstiegsamt (von A 13 auf A 14). Kritisch sei auch die neue Ausgestaltung des Pensionsfonds, die zu einer massiven Unterfinanzierung führe.

Zudem forderte Staudé eine Anpassung der Stellenobergrenzen für den Justizbereich. Die alte Landesregierung habe für Teilbereiche der Landesverwaltung rund 700 Beförderungsmöglichkeiten in der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt geschaffen. Davon war allerdings der Justizbereich ausgenommen, weshalb dieser im Wettbewerb um qualifizierten Nachwuchs benachteiligt sei, da sich der Kreis der Bewerber mit anderen Ressorts regelmäßig überschneide.  
(08/39/17)

## Besoldung: Baden-Württemberg schrammt an der Grenze zur Verfassungsmäßigkeit

**Ist die Besoldung in Baden-Württemberg verfassungsgemäß? Ein vom BBW - Beamtenbund Tarifunion in Auftrag gegebenes Gutachten der Finanzwissenschaftlerin Prof. Dr. Gisela Färber von der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer lässt daran mindestens Zweifel aufkommen.**

Das Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) hat unlängst Kriterien aufgestellt, um die Verfassungskonformität der Besoldung zu prüfen. Die am 16. November 2017 vorgestellte Färber-Studie weist für Baden-Württemberg bei drei von fünf dieser Kriterien kritische Befunde aus. Erstens sind die Tariflöhne im öffentlichen Dienst (BAT/TV-L) deutlich stärker gestiegen als die Beamtenbesoldung. Zweitens weicht

die Besoldungsentwicklung vor allem bei höheren Besoldungsgruppen deutlich von der Entwicklung des Nominallohnindex im Land ab. Und drittens wird das Abstandsgebot von 15 Prozent zum Existenzminimum in Großstädten bei Neuverbeamtungen nach 2012 verletzt – im Wesentlichen wegen reduzierter Beihilfesätze. Der BBW sieht deshalb erheblichen Handlungsbedarf für Korrekturen im Bereich der Beamtenbesoldung.  
(09/39/17)

## Schleswig-Holstein: Weiterhin kein Weihnachtsgeld für Beamte?

**Der dbb schleswig-holstein hat am 21. November 2017 beklagt, dass im Haushaltsentwurf des Landes für das Jahr 2018 trotz erhöhtem Gesamtvolumen weiterhin kein Betrag für die Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes für Beamte vorgesehen ist.**

Ministerpräsident Daniel Günther habe gegenüber dem dbb sh zwar erklärt, dass eine gewisse Bewegung beim Weihnachtsgeld denkbar sei, sagte der dbb Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp. Das Projekt dürfe aber nicht ans Ende der Legislaturperiode verschoben und dann wegen möglicher neuer Haushaltsrisiken wieder von der Tagesordnung genommen werden. Vielmehr müsse jetzt ein Gespräch mit konkreten Ergebnissen geführt werden. Tellkamp: „Wir sind bereit aber nicht mehr sehr geduldig“.

„Wir wissen ja inzwischen: Wenn man sich auf den Weg nach Jamaika macht, kommt man nicht zwingend dort an“, so Tellkamp weiter. „Doch wenn man – wie Schleswig-Holstein – doch angekommen ist, droht mit dem neuen Klima offenbar eine Lähmung. Das ist natürlich auch keine gute Situation.“ Die Landesregierung werde beweisen müssen, dass sie in der Lage ist, selbst in der breiten Öffentlichkeit als überfällig angesehene Entscheidungen für den öffentlichen Dienst zu treffen.  
(10/39/17)

## Namen und Nachrichten

Am 22. November 2017 hat sich der **dbb** mit der Landesregierung von Brandenburg, die durch Innenminister Karl-Heinz Schröter und Finanzminister Christian Görke vertreten wurde, auf zahlreiche Verbesserungen für den öffentlichen Dienst verständigt. So soll etwa die Anzahl befristeter Arbeitsverhältnisse deutlich reduziert werden. Ab dem 1. Januar 2019 werden für die organisatorische Umsetzung der Digitalisierung ferner 50 Vollzeitstellen zur Verfügung gestellt. Zudem sollen Leitlinien entwickelt werden, um die Attraktivität der Landesverwaltung und die Fachkräftegewinnung und -bindung nachhaltig zu sichern. Der Tarifvertrag Umbau (TV Umbau) wurden um drei Jahre bis zum 31. Dezember 2020 verlängert (TV Umbau II). Während der Laufzeit sind betriebsbedingte Kündigungen durch Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen ausgeschlossen. Zudem stellt die Landesregierung für sich aus dem Tarifvertrag ergebende Qualifikationsansprüche weiterhin 4,5 Millionen Euro zur Verfügung.

Zur Gleichstellung der Lehrkräfte in Brandenburg wurde die Anhebung von Eingangssämtern ab 1. Januar 2019 vereinbart. Dies betrifft Lehrkräfte für die Primarstufe sowie Lehrkräfte mit einer Befähigung nach Recht der ehemaligen DDR (von A12 / A12kW auf A13 / A13kW). Lehrkräfte mit einer Lehrbefähigung nach dem Recht der ehemaligen DDR, die bisher in der Besoldungsgruppe A11kW waren, kommen zum 1. Januar 2019 in die Besoldungsgruppe A12kW und ab dem 1. August 2020 in die Besoldungsgruppe A13kW. Tarifbeschäftigte

Lehrkräfte steigen entsprechend in die jeweiligen Entgeltgruppen auf. Um eine fachgerechte und qualitativ hochwertige Unterrichtsversorgung sicherzustellen, gelten zudem Leitlinien für eine fachgerechte Qualifizierung von Seiteneinsteigern.

Anhebungen der Eingangssämter ab 1. Januar 2019 sind auch für den Bereich der Sicherheit vereinbart worden, und zwar für den mittleren Vollzugsdienst bei Polizei und Justiz (von A7 auf A8). Zeitgleich will die Landesregierung die notwendigen Regelungen für die Einführung der freien Heilfürsorge schaffen.

Im Bereich der Forstwirtschaft wurde ein Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeit für Beschäftigte im Geltungsbereich des TV-L Forst vereinbart. Für das Jahr 2018 sind im Landesbetrieb Forst außerdem 18 externe Neueinstellungen vorgesehen. Damit wird die Verjüngung des Personals eingeleitet.

Mit der Wahl von Friedhelm Schäfer zum Zweiten Vorsitzenden und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb durch den Gewerkschaftstag am 20. November 2017 hat dieser satzungsgemäß sein Amt als Landesvorsitzender des NBB Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion niedergelegt. Bis zu einer Neuwahl hat **Achim Henke**, der seit 2005 der NBB-Landesleitung als stellvertretender Vorsitzender angehört, den kommissarischen Vorsitz des dbb Landesbundes übernommen. Die erforderliche Nachwahl soll zeitnah erfolgen, teilte der NBB mit.  
(11/39/17)

Kommende Termine:

**dbb Jahrestagung 2018**

7. - 9. Januar 2018, Köln